



kriPo!
kritische Politik

Universität und Demokratie

Einleitung

Vorstellung der KriPo: Die KriPo ist eine politische Gruppe von Studierenden an der Universität Zürich, die sich kritisch mit der Universitätspolitik, aber auch vielen weiteren Themen auseinandersetzt. Wir verstehen uns als Sammelbacken für linke antikapitalistische Studierende und führen jedes Semester zahlreiche Veranstaltungen durch, organisieren Protestaktionen, wie Kundgebungen und Demos, vernetzen uns mit anderen linken Organisationen, wie zuletzt im Widerstand gegen die kantonalen Sparmassnahmen, führen diverse Lesegruppen durch und versuchen bei jeder Gelegenheit das politische Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme bei Studierenden zu wecken.

Nun zu einem kurzen inhaltlichen Überblick: Zunächst werde ich aktuelle Entwicklungen an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich im Rahmen der Bologna 2020-Reform darstellen und versuchen diese als Ausdruck der Ökonomisierung zu hinterfragen. In einem zweiten Schritt wollen wir die Rolle studentischer Mitbestimmung im Reformprozess beleuchten, um aus diesen Erfahrungen - in einem dritten Schritt - Schlüsse für den studentischen Widerstand abzuleiten.

Was ist Ökonomisierung?

Die Bologna 2020-Reform zielt, so die Führung der Universität Zürich, auf die Verstärkung der Ausrichtung auf eine breite Grundlagenbildung im Bachelor und eine Spezialisierung im Master. Das Studium soll einerseits auf die wissenschaftliche Weiterentwicklung und andererseits auf den Berufseinstieg ausgerichtet werden. Zudem sollen die Strukturen vereinfacht und vereinheitlicht werden.

Abschaffung der kleinen Nebenfächer

Ein Teil dieser Reform, der auf grossen Widerstand gestossen ist, ist die Umstellung auf ein reines Major/Minor Studium beim Bachelor und beim Master, d.h. die Einschränkung des Studiums auf ein Haupt- und maximal ein Nebenfach.

Bisher war es sowohl während des Bachelors als auch des Masters möglich neben dem Hauptfach zwei sogenannte Nebenfächer zu besuchen. Zusätzlich konnten im Bachelor zwei Hauptfächer gleichzeitig studiert werden, was beides für Bachelorstudierende bereits ab nächstem Semester nicht mehr möglich sein wird.

Diese Entscheidung der Universitätsleitung und der Fakultät ist erstaunlich, wenn man die Zahlen betrachtet: Im Jahr 2016 wurden insgesamt 5400 kleine Nebenfächer besucht im Vergleich zu 4800 grossen Nebenfächern, was auf die ungebrochene Beliebtheit der Kombination zweier Nebenfächer hindeutet. Ausserdem erstaunt die Abschaffung der kleinen Nebenfächer auch vor dem Hintergrund, dass dadurch diverse kleine Fächer in ihrer Existenz bedroht werden und somit zu einer Zusammenlegung mit anderen Fächern gezwungen sein werden.

Das Dekanat rechtfertigt den Beschluss mit dem Fehlen von Anschlussmöglichkeiten von kleinen Nebenfächern im Master und der mangelnden Vertiefung beim Studium zweier Hauptfächer. Zusätzlich wird die Reform als eine Anpassung an die Universitäten der *League of European Research Universities*, einer Gruppe von 23 Universitäten, die sich als Forschungseliteuniversitäten verstehen, dargestellt.

Für uns Studierende sind die kleinen Nebenfächer ein wichtiges Element einer interessenbasierten, interdisziplinären Bildung, die den Studierenden einen Einblick in viele verschiedene Fachgebiete ermöglicht und sind somit unabdingbar.

Studienzeitbeschränkung

Ein zweiter Teil der Reform, der von vielen Studierenden kritisiert wird, ist die Studienzeitbeschränkung auf 12 Semester, sowohl für Bachelor- als auch für Masterstudierende.

Herr Jarren, bis 2016 Prorektor, begründet diese Massnahme mit der Verantwortung der Universität gegenüber der Öffentlichkeit und betont zugleich, was widersprüchlich erscheinen mag, dass dieser Schritt nichts mit den Sparmassnahmen oder der Anpassung an den Arbeitsmarkt zu tun hat.

Weiter wird die Reform damit legitimiert, dass die Studierenden dazu motiviert werden sollen, ihre Aufmerksamkeit auf das Studium zu lenken. Doch dies ist eine Bevormundung und eine Schlechterstellung von Minderprivilegierten, welche Ihnen das Studium erheblich erschwert oder gar verunmöglicht.

Ökonomisierung

Wie können diese aktuellen Entwicklungen nun als Teil der Ökonomisierung verstanden werden? Und was verstehen wir grundsätzlich unter dem Begriff der Ökonomisierung? Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Bildung und der Wirtschaft ist kein grundlegend neuer Zusammenhang. Auch soll Ökonomisierung nicht auf bloße Effizienzsteigerung durch mehr Output mit weniger finanziellem Aufwand reduziert werden. Vielmehr begreifen wir Ökonomisierung als ein Wandel der Universität, der mit der Bildungsexpansion einhergeht. Ihren Ursprung sehen wir in den Anforderungen der Wirtschaft, die sich aus der zunehmenden Tertiarisierung ergeben. Diese veränderten wirtschaftlichen Bedingungen, haben zu einer verstärkten Ausrichtung universitärer Bildung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes geführt. An der Bologna 2020 Reform zeigen sich drei Facetten der Ökonomisierung:

Eine kapitalistische Verwertungslogik, die sich in der Unterbindung vom Studieren von nicht verwertbaren Inhalten manifestiert.

Umgestaltungen der Universität durch Entscheide von oben nach unten, wie dies in Unternehmen üblich ist.

Die Abhängigkeit eines erfolgreichen Studiums von den verfügbaren materiellen Ressourcen.

Die Rolle studentischer Politik

Nun zur Lage der studentischen Politik in Zürich. Zur ETH gibt es nicht viel zu sagen. Es gibt zum einen den VSETH, der die politische Vereinigung der Studierenden an der ETH darstellt aber sich hauptsächlich auf Dienstleistungen für Studierende konzentriert, und zum anderen das project 21, das Forderungen zur ökologischen Nachhaltigkeit verfolgt. Abgesehen davon werden keine studentischen politischen Vereinigungen akzeptiert. Die kriPo hat zwar immer auch einen Fuss im politischen Geschehen der ETH gehabt, doch war sie de iure stets ein studentischer Verein an der Uni. Gerade im Moment versuchen einige Studierende der ETH die kriPo dort wieder zu festigen.

An der Universität Zürich haben die Studierenden als Stand Einsitz in universitäre Gremien. Im gesamtuniversitären Rat, dem Senat, haben sie 3% der Sitze inne. In den Fakultätsversammlungen der MNF und der PhF stellen die Studierenden 5% aller Sitze. In all diesen Räten ist die Anzahl der Studierenden aber so gering, dass trotz der geringeren Anwesenheit der Professor*innen und einer allfälligen Zusam-

menarbeit mit anderen Ständen die Zahl der Professor*innen so viel grösser ist, das alles mit ihnen steht und fällt.

Neben den eigentlichen Parlamenten der Universität und der Fakultäten bestehen zahlreiche Gremien und Arbeitsgruppen, deren Aufgaben und Befugnissen selbst gut Informierten nicht immer klar ist. Zusätzlich kommen viele Anstösse auch aus dem Unirat, der Unileitung und den Fakultätsleitungen (Erklärung: ähnlich wie Verwaltungsrat, Exekutive). Einen Überblick über alle laufenden Prozesse zu haben ist unmöglich.

Gesamtuniversitär sind die Studierenden im VSUZH organisiert. Unter anderem wählt der VSUZH Rat die Studierendenvertreter*innen auf gesamtuniversitärer Stufe (also z. B. in den Senat).

Am 29. August 2011 wurde der VSUZH gegründet. So bekamen die Studierenden der Uni Zürich nach über 30 Jahren wieder eine verfasste Körperschaft. 1978 wurde ihre Vorgängerin, die SUZ, aufgelöst, da sie zu links geprägt war, eine Zwangsmitgliedschaft kannte und «zu selbstbewusst» gegenüber dem Bildungsdepartement und der Universität auftrat.

Nun möchte ich ein kleines Fallbeispiel studentischer Partizipation an der Universität aus dem letzten Jahr geben. Im Verlauf des Reformprozesses Bologna 2020 sorgte die geplante Abschaffung der 30er Nebenfächer für grossen Unmut, nicht nur unter den Studierenden. Auf der politischen Bühne der Philosophischen Fakultät entwickelte sich etwas: Der Fachverein des Romanischen Seminar initiierte eine Unterschriftensammlung und der FV Erziehungswissenschaften führte eine Umfrage durch. Es formte sich ein Aktionsbündnis gegen die Reformen und es sollte schon bald einen Namen bekommen: «Chiasso 2020». An den Sitzungen nahmen viele Studierende aber auch Professor*innen teil. Es hatte sich viel Unzufriedenheit über die vergangene Bolognareform angesammelt und die nahende Bologna 2020 weckte neue Befürchtungen. Es entwickelte sich Widerstand.

An der VSUZH Ratssitzung vom 20 April reichte die Fraktion der kriPo drei Anträge zu Bologna 2020 ein: 1. 30er NF erhalten statt abschaffen, 2. Keine Studienzeitsbeschränkung und 3. Gegen Studiengebührenerhöhungen. Für die Diskussion im Studierendenparlament wurde der Dekan der PhF eingeladen. Während die Antragssteller*innen nur kurz ihren Antrag vorstellen durften, konnte der Herr Dekan eine etwa viertelstündige Präsentation inklusive Powerpoint seiner Ansichten geben. In der anschliessenden Diskussion wurde den kriPos durch den Rest des Rates wiederholt kritische Politik UZHÐZ * Postfach, 8001 Zürich * www.kriPo.uzh.ch * kriPo@uzh.ch

erklärt es sei nun zu spät sich dagegen zu wehren. Am haarsträubendsten fand ich das Argument einer Delegierten der Studierenden in der Erweiterten Universitätsleitung. Sie sagte, es wäre nicht problematisch, dass die breite Studierendenschaft erst zu diesem Zeitpunkt von den weitgehenden Reformen des Studiums erfuhr, da alle die Möglichkeit gehabt hätten sich darüber zu informieren.

Der Rat verabschiedete einen Änderungsantrag, der sich auf die Information der Studierenden und eine Umfrage, die sich als ziemlich wertlos herausstellen sollte, beschränkte. Die zwei weiteren Traktanden der kriPo wurden verschoben, der Rat schien für diesen Tag schon genügend unipolitisch Relevantes behandelt zu haben.

Die kriPo und das Bündnis «Chiasso 2020» mobilisierte dann auch auf die beschlussfassende Fakultätsversammlung zwei Tage später. Eine grosse Zahl von Studierenden versuchte die Professor*innen auf dem Weg in die FakVers ein letztes Mal davon zu überzeugen der Abschaffung der 30er NF nicht zuzustimmen und einem Antrag des FV Erziehungswissenschaft zu folgen und die geplante Abschaffung entweder zu verschieben und wiederzuerwägen oder gänzlich davon abzusehen. Die Wahl wurde geheim durchgeführt und trotzdem kam es so wie es sich aus den letzten Gesprächen mit den Professor*innen abgezeichnet hatte: Einige von ihnen sagten, sie wären schon gegen diese tiefgreifende Neustrukturierung des Studium gewesen, aber zu einem früheren Zeitpunkt. Da sie in den planenden Diskussionen in der Fakultätsversammlung keinen entscheidenden Einfluss hatten und keinen Widerstand von ausserhalb der Versammlung sie erreichte, waren sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bereit die Abschaffung noch zu verhindern. Bezeichnenderweise veröffentlichte die NZZ einen Artikel mit dem Titel: „Die philosophische Fakultät hat ein Demokratie-Problem“.

Die Bewegung, die entstanden war, versandete zusehends. Vor beschlossene Tatsachen gestellt, wollten viele ihren Kampf für ein vielfältiges und möglichst freies Studium auf der Ebene der Institute und Seminare einzeln weiterführen. An die Sitzungen von «Chiasso 2020» kamen immer weniger Personen und schliesslich überlebte das Bündnis den Sommer nicht.

Unsere Perspektive - Wofür und wie kämpfen?

Die jüngsten Entwicklungen an der Universität Zürich zeigen, dass demokratische Mitbestimmung, nur insofern toleriert wird, als dass sie den geplanten Reformen Akzeptanz verleiht. Studentische Vertreter*innen sind in allen Gremien massiv unterver-

treten. Dazu kommt, dass viele politisch aktive Studierende sich als partnerschaftliche Ergänzung zu politischen Machträger*innen der Uni sehen. Demnach sollen die Interessen der Studierenden durch apéromässiges Lobbyieren verfolgt werden, anstatt auf die Barrikaden zu gehen. Oft steckt dabei unter dem Mantel der konstruktiven Mitarbeit nichts anderes als vorauseilender Gehorsam.

Zuletzt gilt es festzuhalten, dass nur ein Bruchteil der Studierenden an den Wahlen des Verbands der Studierenden teilnimmt und zwischen Vertreter*innen in Kommissionen und der restlichen Studierendenschaft kaum Austausch besteht.

Die Gremien wiederum, welche die Ökonomisierung an der Universität vorantreiben und reale Entscheidungsmacht besitzen (Universitätsleitung, Universitätsrat, Dekane), stellen Reformen als notwendige Anpassungen an internationale oder nationale Standards dar. Tatsächliche Handlungsspielräume werden verschleiert, indem einerseits die Ziele der

Reformen, „akademische Exzellenz“ und „Anschluss an internationale Top-Universitäten“ gar nicht zur Debatte gestellt werden und andererseits bei unpopulären Entscheidungen gerne auf den Druck seitens der Politik verwiesen wird.

Wie können und wollen wir die skizzierte Hochschulpolitik bekämpfen?

Uns ist wichtig, dass die Universität nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen in den Blickwinkel genommen wird. So ist die Bildungsexpansion nicht einfach die Konsequenz politischer Bewegungen, welche die soziale Öffnung des Studiums forderten, sondern auch eine Reaktion auf die erhöhte Nachfrage an qualifiziertem Personal auf dem Arbeitsmarkt (Vgl. Ausführungen zur Ökonomisierung in Teil I). Auch die gegenwärtige Ökonomisierung der Universitäten steht in einem engen Zusammenhang mit der Finanzkrise der vergangenen Jahre und dem Spardruck von Kantonen und Bund. Dies muss unser Studierendenprotest berücksichtigen. Befreit vom verklärten Glaube an eine Humboldt'sche Insel im kapitalistischen Meer lohnt es sich also von den tatsächlichen Bedingungen des Studiums auszugehen. Nur noch eine Minderheit kann sich heute Studieren leisten, ohne nebenher zu arbeiten. Das Studium ist eine Etappe in einer jeden Erwerbskarriere, die ihren eigentlichen Wert im Zugang zu einer besseren Arbeit in der Zukunft realisiert (vgl. für diesen Abschnitt Kapfinger 2012).

In dieser Situation entfalten auch die geplanten „Bologna 2020“-Reformen umso stärkere Nachteile für lohnabhängige Studierende. Die Verschulung des Studierens (bspw. Studienzeitbeschränkungen, mehr Pflichtmodule, noch engere Wegleitungen, etc.) und geplante Massnahmen, wie die Konsekutivität (bedingungslose Anschlussfähigkeit an Bachelor-Abschlüsse) der Master-Studiengänge abzuschaffen, erschweren die Vereinbarkeit von Studium und Beruf, erhöhen den Leistungsdruck und führen bspw. im Falle der Studienzeitbeschränkungen zu Stigmatisierung. Unser Studierendenprotest will bei diesen Problemen ansetzen.

Es reicht nicht, undemokratische Entscheidungsprozesse zu kritisieren und zu bekämpfen, wir müssen stets auch danach fragen, unter welchen Bedingungen Mitbestimmungsrechte überhaupt wahrgenommen werden können? Der Kampf für mehr Mitbestimmungsrechte bedingt einen Kampf für bessere Studienbedingungen und umgekehrt.

Die Versuche des letzten Sommers, die „Bologna 2020“-Reformen zu bekämpfen haben uns gelehrt, dass es aufgrund der Intransparenz der Reformprozesse unbedingt notwendig ist, dass wir Leute in den Gremien haben, um frühzeitig an Informationen zu den geplanten Reformen zu kommen und im Anschluss gemeinsam mit anderen Studierenden den Widerstand organisieren zu können (entscheidender Fehler). Neben der Mitarbeit in studentischen Gremien versuchen wir Räume zu schaffen, die Politisierungsprozesse ermöglichen (Bspw. „Lange Nacht der Kritik“). Dies ist unerlässlich, um bei konkreten Angriffen auf die Interessen der Studierenden mit einer breiteren Basis, Druck auf die Unileitung auszuüben. Und um eine tiefgreifende Veränderung anzustossen, unseren Forderungen praktischen Nachdruck zu verleihen, müssen radikale Protestformen ergriffen werden (bspw. Uni-Besetzung, vgl. Genfer Besetzung des Rektoratsbüros).

Vorgetragen am Freitag, dem 03. Februar im Workshop „Universität und Demokratie“ am Kongress „Reclaim Democracy“ in Basel von drei kriPo-Mitglieder